

# Angestellte verzichten auf „Rest-Cents“

## Teilnehmer an Bremer Spendenaktion sammeln über 25 000 Euro für Bibliothek im afrikanischen Boudtenga

**Maximal 99 Cent spenden rund 4000 Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes in Bremen im Rahmen der Aktion „Rest-Cent“ monatlich von ihrem Gehalt. Kleine Beträge, durch die in den vergangenen 11 Jahren mehr als 250 000 Euro zur Unterstützung von sozialen Projekten weltweit zusammengekommen sind. Gestern stellte der Gesamtpersonalrat Bremen ein beendetes Projekt in Burkina Faso vor und empfing Besuch aus Afrika.**

VON ALEXANDRA KNIEF

**Bremen.** Seit mittlerweile 11 Jahren gibt es in Bremen die Aktion „Rest-Cent“, bei der die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes die Cent-Beträge, die bei ihren monatlichen Bezügen hinter dem Komma stehen, spenden können. „Mit dem gesammelten Geld unterstützen wir ausgesuchte Projekte auf der ganzen Welt“, erklärt Doris Hülsmeier, Vorsitzende des Gesamtpersonalrats Bremen.

Dank der Beteiligung von mittlerweile rund 4000 Bremern und Bremerinnen konnten seit der Einführung der Spendenaktion 17 von einem Vergabeausschuss ausgewählte Projekte mit insgesamt mehr als 250 000 Euro unterstützt werden.

Eines der Projekte ist eine vom Verein „for fair education“ errichtete Schulbibliothek in Boudtenga, einem kleinen Ort im afrikanischen Burkina Faso. Mit dem gesammelten Geld aus Bremen konnte die Bücherei in den vergangenen Jahren aufgebaut werden. „Das Projekt wurde von 2010 bis 2012 von uns gefördert, sodass dafür insgesamt rund 25 500 Euro Spendengelder zusammengekommen sind“, berichtet Hülsmeier. Mit dem Geld wurde das Gebäude inklusive einer Solaranlage errichtet, durch die lesende Kinder und Erwachsene auch nach Sonnenuntergang mit ausreichend Licht versorgt werden können. Außerdem konnten Möbel und zahlreiche Bücher angeschafft werden.

Als Dank für die Zusammenarbeit und um weitere Ideen zu besprechen, stattete Dominik Schmengler, Mitgründer des Vereins „for fair education“, dem Gesamtpersonalrat Bremen gestern in Begleitung von Dieudonné Ouédraogo, Mitarbeiter des Schulministeriums aus Burkina Faso, einen Besuch ab. Der 52-jährige Afrikaner ist anlässlich einer internationalen Deutschlehrer-Tagung zu Gast in Deutschland und wollte es sich nicht nehmen lassen, auch den Verantwortlichen der Rest-Cent-Aktion einen Besuch abzustatten. „Man ist

nicht jeden Tag in Deutschland, darum freue ich mich, im Rahmen meines Aufenthaltes auch die Projektpartner in Bremen besuchen zu können“, sagte Ouédraogo.

Die Rest-Cent-Initiative wurde 2002 ins Leben gerufen. Die ersten Planungen übernahmen die Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes und der Gesamtpersonalrat. Seitdem wurden neben dem Projekt in Burkina Faso ein Schulbau in Komanfasa, ein Programm zur Armutsbekämpfung in Nigeria, und 14 weitere Projekte, unter anderem in Brasilien, Afghanistan und Kambo-

dscha mit dem gesammelten Geld aus dieser Aktion unterstützt.

„Es ist schön zu sehen, was mit dem Geld alles erreicht werden kann“, betont Doris Hülsmeier. „Uns liegen vor allem Projekte am Herzen, die sich mit dem Thema Bildung beschäftigen und nachhaltig angelegt sind.“ Die Vorsitzende des Gesamtpersonalrats hofft, dass sich noch weitere Bremer dafür entscheiden, an der Aktion teilzunehmen.

Weitere Informationen zur Aktion unter [www.gpr.bremen.de/restcent](http://www.gpr.bremen.de/restcent)

## „Es gibt zu wenig Schulen in Burkina Faso“

VON ALEXANDRA KNIEF

**Bremen.** Große Tafeln, Computer, dicke Bücher und alles, was man zum Lernen in der Schule braucht – so erleben deutsche Schüler ihren Schulalltag. Doch nicht überall bedeutet Bildung das Gleiche wie in Deutschland. „Die Rahmenbedingungen bei uns sind schwierig“, erzählt Dieudonné Ouédraogo. Er ist Mitarbeiter des Schulministeriums im afrikanischen Burkina Faso und war gestern zu Besuch in Bremen. „Es gibt zu wenig Schulen in Burkina Faso und somit sind die meisten Klassen überfüllt“, berichtet der 52-Jährige. Rund 70 bis 100 Schüler sitzen nach Angaben des Ministeriumsmitarbeiters und Deutschlehrers zusammen in einer Abiturientenklasse. Hinzu komme, dass Unterrichtsmaterial fehle und die Lehrer in vielen Fällen nicht ideal ausgebildet würden.

„Burkina Faso ist eines der ärmsten Länder der Welt, rund 43 Prozent der Menschen dort fallen unter die Armutsgrenze“, so Ouédraogo. „Daher gehört eine gute schulische Ausbildung für möglichst viele Schüler momentan zu den Hauptzielen des Landes.“ Knapp 78 Prozent der Kinder im schulpflichtigen Alter würden eine Schule



Dieudonné Ouédraogo ist mit seiner Frau Silvia zu Gast in Bremen. FOTO: KOCH

besuchen. Davon schafften es etwa 30 Prozent nach der fünfjährigen Grundschulzeit auf ein Gymnasium oder eine Realschule. Aber nur vier Prozent besuchten eine Universität. Wovon es aber ohnehin nur sechs in ganz Burkina Faso gebe.

Die Schulpflicht beginnt im Alter von sechs Jahren und endet wenn die Schüler 16 sind. „Das bedeutet jedoch nicht viel, denn wo es keine Schule gibt, gibt es auch keine Pflicht“, erklärt Ouédraogo. „In kleinen Orten eine Schule zu haben, stellt

schon eine große Chance dar.“ Doch meist unterrichteten die Schulen in kleineren Siedlungen, wie Boudtenga. Allerdings nur für die ersten Jahre. „Wer anschließend ein Gymnasium besuchen will, muss meist sehr weit fahren und die Kosten für die Bildung sind für die ärmeren Familien sehr hoch.“

Trotzdem betont der Mitarbeiter des Schulministeriums, dass den meisten Eltern die Bildung ihrer Kinder sehr am Herzen liege, was zu überfüllten Klassenräumen führe. „Die Kinder von den Dörfern wollen alle auf die wenigen Gymnasien in den Hauptstädten“, erklärt Ouédraogo. „Oft gibt es aber nicht genügend Plätze für alle Schüler.“

Dank Hilfsprojekten und Kooperationen im Bildungsbereich habe sich die Einschulungsrate in den vergangenen zehn Jahren verdoppelt: „Es wird immer versucht dort Grundschulen zu gründen, wo die Entfernung zu den Städten am größten ist, damit möglichst viele Kinder die Chance bekommen, überhaupt einen Zugang zur Bildung zu erhalten“, so Ouédraogo. „Das Bewusstsein, dass Schulen – auch die Unis – gefördert werden müssen, ist mittlerweile in den Köpfen der Regierung angekommen.“